

Europas neue Kraft

Schneller, deutscher und nicht mehr so kleinlich – wie die Krisen die Europäische Union verändern **VON LUUK VAN MIDDELAAR**



Foto: (M) Brad Wilson/Getty Images; Vignette (Star): Bowen Barrett/6 für DIE ZEIT; (K) Foto: G.J. Saks/Ethiopia Arsen

Es scheint gewaltig schiefzulaufen in Europa. Seit fast zehn Jahren stolpern wir von einer Krise in die nächste, mit unseren Banken, unserer Währung, mit unserem Nachbarn Russland, mit Hunderttausenden Migranten, die unsere Grenzen passieren. Und nun der Brexit. Mit dem Ausscheiden Großbritanniens spürt die Europäische Union ihre historische Verletzbarkeit. Angesichts all dieser Notfälle stellen sich zwei grundsätzliche Fragen in zugespitzter Form: Ist die Union überhaupt dafür gerüstet, auf große Erschütterungen zu reagieren? Und wer hat in Zeiten der Unsicherheit in Europa die Führung inne? Schärfer formuliert: Wie soll man mit Brüsseler Vorschriften und der neuen deutschen Macht umgehen?

Zunächst: Wer genau hinsieht, erkennt, wie sich die Union vor unser aller Augen verändert. Nachdem sie sich jahrzehntlang dem Errichten eines gemeinsamen Marktes und der Fortentwicklung eines ingenieurmäßig der technokratischen Regelpolitik gewidmet haben, machen die europäischen Staaten nun etwas Neues: Sie betreiben Ereignispolitik. Sie retten eine Währung, befassen sich mit Flüchtlingen, lassen sich auf ein Kräftemessen mit Russland ein und müssen die durch den Brexit herbeigerufenen Geister wieder einfangen.

Für die Europäische Union geht es nicht länger allein darum, das Verhalten von Unternehmen auf einem gemeinsamen Markt zu regulieren, vielmehr müssen die Mitgliedstaaten nun gemeinsam Störungen der Ordnung begegnen. Und zwar schnell. Dabei sind die Regierungen – der Europäische Rat – zwangsläufig in einer besseren Position als die Kommission. Denn allein die Staaten können in der heutigen Lage aktiv werden, wenn es zum Beispiel gilt, die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten, da nur sie über Armeen, Diplomaten und Sicherheitsdienste verfügen. Die neue Praxis der Union stört Routinen und bringt die Brüsseler Orthodoxie in Bedrängnis. Zudem treten – lange ein Tabu – die Machtunterschiede zwischen den Ländern deutlicher ans Licht, wenn es darum geht, wer die Verantwortung für das Handeln tragen kann.

Und dennoch gibt es praktisch keine Alternative. Angesichts der welthistorischen Beschleunigung, die wir seit 2008 erleben, ist die Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsvermögens, wie schwierig der Weg dorthin auch sein mag, für die europäischen Länder eine Frage des Überlebens.

Die Idee der Gründerstaaten, Europa in einem System von Regeln zu verankern, das die zwischenstaatlichen Beziehungen zivilisieren und vorhersehbarer machen würde, war angesichts zweier Weltkriege visionär. Doch die neuen Herausforderungen bringen die Grenzen dieser Strategie ans Licht. Was soll man tun, wenn plötzlich ein Mitgliedstaat pleitegeht, wenn ein benachbarter Staat einen anderen überfällt, wenn Hunderttausende Flüchtlinge nach Europa drängen? Kein Vertrag kann die Kreativität der Geschichte antizipieren, geschweige denn eine adäquate Antwort bereithalten.

Eigentlich sollte uns all das nicht überraschen. Wir kennen die nationale Politik als einen unablässigen Strom von Überraschungen, Rückschlägen und Skandalen, oft mit Ergebnissen, die so niemand erwartet hat. Allen ist klar, dass in einem demokratischen System viel weniger nach Plan läuft, als man denken oder hoffen mag. Europa, ein Club unberechenbarer Demokratien, ist da keine Ausnahme. Momentan entsteht eine unvorhersehbare Serie von Entscheidungen, welche oft von nationalen Politikern getroffen werden, die mit Ereignissen zu Hause oder im Ausland nicht zurende kommen und dann – oft genug mit offensichtlicher Widerwillen – einsehen müssen, dass sie die entsprechenden Probleme nur gemeinsam be-

wältigen können. Dieses politische Wechselspiel stellt eine plausiblere Erklärung für die Entwicklungen der europäischen Politik dar als die Pseudologik der Integrationstheorie oder die euroskeptische Weltsicht, die überall Verschwörungen wittert und fürchtet, Brüssel wolle eine Art Fremdherrschaft errichten. Die Ereignisse werden auch weiterhin für Überraschungen sorgen. Und Europa bereitet sich darauf vor – auch wenn es sich dessen noch nicht so recht bewusst ist.

Ein Indiz dafür ist der Einfluss, den die Staats- und Regierungschefs mittels ihres Europäischen Rats ausüben. Dieses Forum, 1974 als Gegengewicht zur Brüsseler Regelfabrik errichtet, steht bei der Ereignispolitik an vorderster Front. In der Euro-Krise verfügten die zentralen Institutionen der Union nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und schon gar nicht über die Legitimation, um die Regeln zu ändern, die ihrer eigenen Existenz zugrunde liegen. Zwischen 2010 und 2012 waren es Kanzlerin Merkel, Präsident Sarkozy und ihre (damals) fünfundsiebzig Kolleginnen und Kollegen, die Entscheidungen trafen, um den Euro zu retten. Nur sie konnten vorübergehend außerhalb des bestehenden Regelwerks und dabei doch als Union handeln. Trotzdem haben einflussreiche europäische Stimmen wie der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors und Jürgen Habermas die Rolle der nationalen Regierungschefs bei der Krisenbewältigung als »Renationalisierung der europäischen Politik« kritisiert. Man kann die Ereignisse allerdings auch anders und eben nicht als Ausdruck einer Regression interpretieren: Vielleicht erleben wir vielmehr eine »Europäisierung der nationalen Politik«, eine Entwicklung, die den Club der Mitgliedstaaten insgesamt eher stärkt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Metamorphose: Während die alte Regelpolitik relativ still von Experten und Interessenvertretern betrieben wurde, steht die neue Ereignispolitik im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Europa taugt heute für Schlagzeilen auf den Titelseiten, als Thema von Wahlkämpfen und leidenschaftlichen Debatten. Dieser öffentliche Widerspruch ist die andere Seite ein und derselben Medaille – der Ereignispolitik.

Während das Europa des Marktes höchstens mit Gleichgültigkeit und mildem Spott über Vorgaben zur Krümmung von Gurken zu kämpfen hatte, ruft das Europa der Währung, der Grenzen und der Macht stärkere Kräfte und Gegenkräfte hervor. Das ist auch der Grund, warum die Öffentlichkeit – die Griechen 2015, die Briten und Ungarn 2016 – sich immer mehr Gehör verschafft. Recht hat sie: Wo die Selbstverständlichkeit schwindet, hält die Widerrede Einzug. Der öffentliche Streit ist kein Rückschritt, sondern ein demokratischer Fortschritt. Man kann Europa nicht ohne die Bevölkerungen Europas errichten, sondern nur mit ihnen.

Die jüngsten Krisen tauchen auch die deutsche Macht in Europa in ein greller Licht. Wir bewegen uns von einer Union, die von dem Dreieck Paris-Berlin-London dominiert wurde, zu einer Union, die sich allein an Berlin orientiert. Dass nun die Stunde Deutschlands gekommen ist, birgt ganz eigene Gefahren, sowohl für das Land als auch für die Union. Einige dieser Gefahren werden in Berlin durchaus erkannt, andere jedoch unterschätzt. Erkennt hat man die Last der deutschen Geschichte, die in Momenten der Spannung selbst siebzig Jahre nach Hitler noch von ausländischen Karikaturisten und widerspenstigen Gegenseitern instrumentalisiert wird. Unterschätzt wird in Berlin hingegen, dass gut gemeinte europäische Beschlüsse von außen wie nacktes Eigeninteresse aussehen können. Angetrieben von einem starken moralischen Bewusstsein, vergessen die Deutschen bisweilen, dass ihre Handlungen andere Effekte haben können als intendiert.

In der Euro-Krise litt der deutsche Finanzminister an diesem blinden Fleck. »Doktor Schäuble« (wie ihn sein griechischer Kontrahent Varoufakis konsequent nannte) argumentierte aus einer Position der moralischen Überlegenheit heraus, während die Außenwelt ihn 2015 als einen unbarmherzigen Machtpolitiker wahrnahm. Erwas Ähnliches konnte man in der Flüchtlingskrise beobachten. Natürlich zeugte die deutsche Willkommenskultur von einer noblen Gesinnung, das Land hat aber auch – so sah man es beispielsweise in Paris – eine alternde Bevölkerung und daher für die gut ausgebildete syrische Mittelklasse durchaus Verwendung. Das macht die Haltung nicht weniger moralisch, erschwert jedoch die europäische Debatte.

Trotzdem: Die deutsche Macht ist keine Allmacht. Angela Merkel hat mehrmals, zuletzt in der Flüchtlingskrise, erfahren, dass Deutschland nicht allein stemmen kann und schon gar nicht ohne Frankreich. Die deutsche und die französische Haltung zu bestimmten politischen Grundbegriffen divergieren fundamental; das führt zu permanenten Missverständnissen, die konstitutiv sind für die europäische Politik. Nehmen wir zum Beispiel Regeln. In Deutschland stehen Regeln für Gerechtigkeit, Ordnung und Ehrlichkeit. In Frankreich stehen Regeln für Einschränkung und Unfreiheit. Im europäischen Kontext führt dies zu gegenseitigem Argwohn. Paris bittet häufig um Flexibilität (zum Beispiel um das Schuldenlimit zu überschreiten); in Berlin erfährt man das als Opportunismus. Umgekehrt werden die Deutschen, die selbst finden, dass sie die Regeln streng, aber ehrlich anwenden, der Rigorität und des Starrsinns beschuldigt.

Das Gegenstück zu den Regeln sind die Ereignisse. In Frankreich ist ein Ereignis, auch ein dramatisches, ein Zeichen von Leben und Erneuerung. Für einen französischen politischen Führer à la Sarkozy zogen eine Krise die Gelegenheit, zu bieten, was er kann; die Presse macht daraus einen Moment der Gemeinschaftlichkeit, eine Seite im »Roman der Nation«. In Deutschland hingegen stehen Ereignisse für eine Unterminierung der Ordnung, für Destabilisierung und Gefahr. Eine Krise löst dort leicht Panik aus. Die deutsche Öffentlichkeit schätzt Regierungschefs, die Schocks absorbieren und, wie Merkel, »auf Sicht fahren«.

Die schwierigere Aufgabe, vor der Deutschland in einer Union steht, die auch weiterhin mit großen Herausforderungen zu kämpfen haben wird, ist also die folgende: Das Land, das sich selbst und seine Partner am liebsten mit Regeln fesselt, wird in der Ereignispolitik vorangehen müssen. Während Paris, das stets davon träumte, Europa voranzutreiben, vorerst ausfüllt, nun muss Deutschland politische Führungspersönlichkeiten ins Spiel bringen, die Entschlussfreudigkeit und Improvisationsvermögen zu einer Kunstform erheben.

Entscheidend wird das europäische Wahljahr 2017. Manche Leute meinen zwar, »EU-Wahlen« finden nur alle fünf Jahre statt, wenn über das Europaparlament abgestimmt wird. Tatsächlich sind aber alle nationalen Wahlen längst europäische Wahlen; ihre Ergebnisse haben ein Echo und werden in ganz Europa aufmerksam verfolgt. Nächstes Jahr sind die Wähler in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden dran. In all diesen Wahlkämpfen müssen die nationalen Politiker ausdrücklich für europäisches Handlungsvermögen streiten. Nur dann kann Europa seine Zukunft gestalten.



Luuk van Middelaar, 43, ist politischer Philosoph und Historiker. In diesen Tagen erscheint von ihm: »Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europas« (Suhrkamp)

ANZEIGE

GOETHE-INSTITUT DAMASKUS | IM EXIL

20.10. – 5.11.2016

Vom 20. Oktober bis 5. November 2016 entsteht in Berlin ein temporärer Raum für den Kulturaustausch mit syrischen Künstlerinnen und Künstlern. Das GOETHE-INSTITUT DAMASKUS | IM EXIL möchte die Arbeit des Goethe-Instituts im Ausland vorstellen und dem deutsch-syrischen Dialog durch Ausstellungen, Diskussionen, Filme, Lesungen und Konzerte eine Plattform geben.

Rosa-Luxemburg-Str. 16, 10178 Berlin
Montag-Freitag 16-22 Uhr
Samstag & Sonntag 10-22 Uhr

GOE
DAM

THE-INSTITUT
DAMASKUS | IN EXILE

www.goethe.de/damaskusimexil

من 20 تشرين الأول ولغاية 5 تشرين الثاني 2016 يقام في برلين فضاء مؤقتاً للتبادل الثقافي بين الفنانين السوريين. يود معهد غوته دمشق | في المهجر أن يعرض عمل معاهد غوته المتواجدة خارج ألمانيا وأن يقدم منصة للحوار الألماني السوري عبر المعارض والتقاشات والقراءات الأدبية والحفلات الموسيقية والأفلام.

معهد غوته
دمشق | في المهجر

2016/11/5 حتى 10/20

Rosa-Luxemburg-Str. 16, 10178 Berlin
الاثنين - الجمعة الساعة 16.00-22.00
السبت والأحد الساعة 10.00-22.00



GOETHE
INSTITUT

Sprache: Kultur, Deutschland.